

## Unselbständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 14.12.2015, 08:20:03

**Landtagsabgeordnete(r):** LTAbg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAbg. Hannes Amesbauer, BA (FPÖ), LTAbg. Christian Cramer (FPÖ), LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann (FPÖ), LTAbg. Erich Hafner (FPÖ), LTAbg. Herbert Kober (FPÖ), LTAbg. Anton Kogler (FPÖ), LTAbg. Helga Kügerl (FPÖ), LTAbg. Mario Kunasek (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAbg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAbg. Albert Royer (FPÖ), LTAbg. Andrea Michaela Schartel (FPÖ), LTAbg. Marco Triller, BA (FPÖ)

**Regierungsmitglied(er):** Landesrat Mag. Christopher Drexler

**Betreff:**

***Aufrechterhaltung der Chirurgie am LKH Voitsberg***

Die Sicherstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung gehört in einem Sozialstaat zweifelsohne neben der Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Schaffung von leistbarem Wohnraum und der Zurverfügungstellung ausreichender Nahrungsmittel zu den Kernaufgaben. Darüber hinaus muss es der gesamten Bevölkerung möglich sein, das medizinische Leistungsspektrum in Anspruch nehmen zu können. Dementsprechend hat man sich im Planungsauftrag des „Regionalen Strukturplan Gesundheit – Steiermark“ (kurz: RSG-St) *„eine umfassende, gleichmäßige – möglichst wohnortnahe – und qualitätsvolle medizinische Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer – unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen“* zum Ziel gesetzt. Es steht selbstredend außer Frage, dass es nicht möglich ist, alle Bürger der Steiermark exakt gleich zu versorgen. Das wäre allein schon aus geographischen und budgetären Gründen unmöglich.

Es ist daher auch nachvollziehbar, wenn sich die Landesregierung im aktuellen Regierungsübereinkommen die *„qualitätsvolle und vor dem Hintergrund des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes auch finanziell und organisatorisch sinnvolle stationäre Versorgung in der Steiermark“* zum Ziel setzt. Allerdings muss die Weiterentwicklung des Gesundheitsstandorts Steiermark mit Augenmaß sowie unter *„Berücksichtigung der regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Spitalsstandorte“* erfolgen, wie richtigerweise im zitierten Übereinkommen festgehalten wird. Einen Widerspruch zu diesem Vorsatz stellten für viele Steirer die Einschränkung des Leistungsangebots der chirurgischen Ambulanz des LKH Hochsteiermark am Standort Eisenerz sowie die Schließung der Abteilung für Innere Medizin am LKH Stolzalpe dar. Schließlich hat dieses Vorgehen nicht nur die Verschlechterung der regionalen medizinischen Versorgung zur Konsequenz, sondern es beschleunigt die ohnehin bereits besorgniserregende Landflucht und damit die weitere Ausdünnung des ländlichen Raums noch zusätzlich.

Passend zu dem von Gesundheitslandesrat Christopher Drexler eingeschlagenen Weg berichtete die „Kleine Zeitung“ am 24. bzw. 26. November 2015, dass die Chirurgie des LKH Voitsberg 2016 in akuter Gefahr ist. Nach der Schließung der Geburtenstation wäre dies die nächste Hiobsbotschaft für die regionale Gesundheitsversorgung. Das Büro Drexler teilte in einer ersten Stellungnahme mit, dass konkrete Pläne über die Spitalsreform in der Steiermark im ersten Quartal 2016 bekannt gegeben werden. Allerdings bestätigte Reinhard Marczik, Leiter der Unternehmenskommunikation der KAGes, bereits jetzt gegenüber der „Kleinen Zeitung“, *„dass ein Projekt über eine Zusammenarbeit der Spitäler Voitsberg und Deutschlandsberg gestartet worden sei. , Das wurde gerade begonnen, daher kann man noch nicht abschätzen, was dabei herauskommt. Beide Standorte sind gut aufgestellt. Im Frühjahr 2016 sollte das Projekt abgeschlossen sein, dann wissen wir, wie es für die Zukunft aussieht.“* Ähnliches berichtete ÖVP-Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger nach einem Termin bei Christopher Drexler, wonach *„ ein Spitalsverbund zwischen Voitsberg und Deutschlandsberg, wie in Mürzzuschlag-Mariazell, Judenburg-Knittelfeld oder Fürstenfeld Feldbach, vorbereitet werden“* soll.

Wie der Homepage des LKH Voitsberg zu entnehmen ist, verfügt dessen Chirurgische Abteilung über eine beachtliche Größe. So stehen seit 1. September 2005 über 33 Betten auf zwei Stationen bereit. Zudem stehen zwei postoperative Intensiv-Betten zur Verfügung. Der Versorgungsauftrag ist dementsprechend umfassend ausgestaltet. Die Abklärung und Versorgung von Akuterkranken und Unfallpatienten (im 24-Stunden-Betrieb!) gehört ebenso dazu, wie die Durchführung aller allgemeinchirurgischen elektiven Eingriffe und kleinerer Akutmaßnahmen. Unfall-Patienten, bei denen eine Operation angezeigt ist, werden nach Abklärung in das UKH Graz transferiert. Tumorpatienten und Hochrisikopatienten werden nach Abklärung an die Chirurgische Universitätsklinik Graz überstellt. Angesichts des auf der Homepage aufgelisteten Leistungsspektrums (<http://www.lkh-voitsberg.at/cms/beitrag/10001347/2180550>) stellt sich die berechnigte Frage, ob das LKH Deutschlandsberg nach Schließung der Abteilung in Voitsberg entsprechenden Ersatz bieten kann. Es ist wohl zu befürchten, dass bei Notfällen in der Region Voitsberg zukünftig gleich das UKH Graz vom Rettungsdienst angesteuert wird. Warum sollte man sich schließlich den Weg nach Deutschlandsberg antun, wenn für kompliziertere Operationen sowieso die Ärzte in Graz herangezogen werden müssen.

Es ist unbestritten, dass die Chirurgische Abteilung am LKH Voitsberg schon allein aufgrund der raschen lokalen Versorgung bei Notfällen von essentieller Bedeutung für die in der Region ansässigen Menschen ist. Zudem würde nach Schließung der Gebärdstation eine weitere Reduzierung des Leistungsangebots die Ausdünnung des ländlichen Raumes beschleunigen. Es muss daher von einer von der KAGes angedachten Schließung der Chirurgie in Voitsberg Abstand genommen werden!

Es wird daher der

### **Antrag**

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von einer Schließung der Chirurgischen Abteilung am LKH Voitsberg Abstand zu nehmen und die budgetären Mittel für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Leistungsangebots auch zukünftig bereitzustellen.

### **Unterschrift(en):**

LTAvg. Dipl.-Ing. Hedwig Staller (FPÖ), LTAvg. Erich Hafner (FPÖ), LTAvg. Anton Kogler (FPÖ), Dritter Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ), LTAvg. Liane Moitzi (FPÖ), LTAvg. Marco Triller, BA (FPÖ)